

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 18./November 1957

Blatt 2296

Sollen die Wiener die Autobahn zweimal bezahlen?
=====

18. November (RM) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas gestern Sonntag über die versuchte Benachteiligung Wiens durch den Bund beim Bau der Autobahn. Der Bürgermeister sagte:

"Meine letzte Radiosendung schloß ich mit der Feststellung, daß die Wiener Bevölkerung bloß 24 Prozent der österreichischen Bevölkerung darstelle, aber 60 Prozent der gesamten österreichischen Kriegsschäden zu ertragen und zu beseitigen hatte. Ich bat Sie, diese Tatsache nie zu vergessen, weil man sonst manche Erscheinungen der Nachkriegszeit in Wien nicht verstehen würde. Ich will gar nicht im einzelnen davon reden, daß die Entwicklung des Wirtschaftslebens in Wien durch die vierfache militärische Besetzung stärker gehindert war als in anderen Teilen unserer Republik. Als die Bundesregierung anläßlich des Abschlusses des Staatsvertrages das Versprechen gab, für die durch Krieg und Besatzung besonders geschädigten Gebiete eine Art Nachziehverfahren der wirtschaftlichen Entwicklung zu ermöglichen, durfte auch Wien hoffen. Daß Wien ebenfalls einen Anspruch auf ein solches Nachziehverfahren hat, kann von niemandem bestritten werden, der sich vor Augen hält, welchen hohen Anforderungen die Bundeshauptstadt Wien gerecht werden soll. Ich habe deshalb in meiner Sendereihe öfter Wirtschafts- und Steuerfragen behandelt, wenn es im Interesse unserer Stadt notwendig war. Ich habe darunter auch schon einige Male über die Bedeutung der Autobahn-Einfahrt nach Wien gesprochen und nachgewiesen, daß es ein großes Unrecht ist, wenn man verlangt, daß die Baukosten der Autobahnanlagen auf Wiener Boden von der Gemeinde Wien bezahlt werden sollen.

Im Zusammenhang damit erinnere ich Sie wieder an die Verhält-

./.

nisse auf dem Gebiete des Straßenwesens. Bekanntlich hat der Bund alle Straßen von größerer Verkehrsbedeutung, die in einem eigenen Gesetz aufgezählt sind, als Bundesstraßen zu erhalten, beziehungsweise zu bauen. Um dieser Aufgabe besser nachkommen zu können, wurde der Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer mit der Bestimmung geschaffen, nur für Straßenbauzwecke verwendet zu werden. Wie haben sich nun die Verhältnisse in der Praxis entwickelt? Von den 8.320 Kilometern Bundesstraßen entfallen bloß 15 Kilometer, also nicht ganz zwei Zehntel Prozent auf Wien. Aber in Wien werden fast 70 Prozent des Zuschlages zur Mineralölsteuer aufgebracht. In den beiden Jahren 1955 und 1956 wurden in Wien 1 Milliarde und 9 Millionen Schilling aufgebracht und an den Bund abgeliefert, aber im gleichen Zeitraum hat der Bund für Wien den Betrag von sage und schreibe nur 538.000 Schilling oder vier Hundertstel Prozent ausgegeben. Es ist deshalb verständlich, daß die Vertreter Wiens bei jeder Gelegenheit auf die ungerechte Behandlung unserer Stadt aufmerksam machen und verlangen, daß die Benachteiligung Wiens endlich aufhört. Dieses Verlangen ist umso berechtigter, als wir in unserer Stadt seit Jahren für Straßenbauten viele hunderte Millionen Schilling aus Gemeindemitteln ausgeben müssen. Wir sind deshalb der Meinung, daß ein weitaus größerer Teil der Wiener Straßen vom Bund zu übernehmen wäre und daß vor allem die mit der Autobahn zusammenhängenden Arbeiten vom Bund zu tragen sind. Damit würden die Wiener Steuerbeträge noch lange nicht zur Gänze in Wien verbraucht werden, sondern noch immer der größere Teil in das übrige Bundesgebiet fließen.

Vor einigen Tagen ist in dieser Hinsicht eine neue Lage entstanden: Bekanntlich führt die Gemeinde Wien Verhandlungen mit dem Finanzminister, an den das Verlangen gestellt wird, er möge bei den Wiener Verkehrsbetrieben auf die Einhebung der Beförderungssteuer verzichten, und für jene Leistungen bezahlen, welche die Verkehrsbetriebe im Auftrage des Bundes durchführen. Der für beide Maßnahmen notwendige Betrag wird von den Verkehrsbetrieben mit 60 Millionen Schilling beziffert. Der Finanzminister erklärte, daß er die Wünsche der Verkehrsbetriebe nicht erfüllen könne, aber versuchen werde, der Gemeinde Wien auf andere Weise zu helfen. Im Beisein des zuständigen Handelsministers erfolgte dann das Angebot an die Gemeinde, der Bund werde in Wien 50 Prozent der Baukosten für die

Autobahn bezahlen, so daß die Kosten von 700 Millionen Schilling je zur Hälfte vom Bund und von der Gemeinde zu tragen seien. Auf diese Weise sei der Bund bereit, zur Sanierung der Wiener Verkehrsbetriebe indirekt beizutragen.

Ich bitte Sie um Entschuldigung wenn ich jetzt den Versuch mache, dieses Angebot des Bundes zu prüfen und auf seine Auswirkungen für Wien zu untersuchen. Ich weiß, daß diese Angelegenheit nicht gerade leicht zu verstehen ist, aber sie ist wichtig genug, um sich mit ihr eingehend zu beschäftigen. Vor allem ist aus dem Angebot zu ersehen, daß der Bund die Kosten der Autobahnanlagen in Wien nur teilweise bezahlen will, obwohl hier, wie ich dieses Mal wieder nachgewiesen habe, ungefähr 70 Prozent des Bundeszuschlages zur Mineralölsteuer für Straßenbauzwecke eingehoben werden. Wien soll trotz dieser hohen Steuerleistung die Hälfte der Autobahnanlagen zahlen. Seiner Verpflichtung, die er in den anderen Bundesländern zur Gänze erfüllt, will sich der Bund in Wien entziehen und nur 50 Prozent der Kosten übernehmen. An kein anderes Bundesland wurde vom Finanzminister oder Handelsminister bisher das Ansinnen gestellt, 50 Prozent der Baukosten für die Autobahn zu übernehmen. Vom Bundesland Wien glaubt man diese Beträge verlangen zu können, obwohl durch die Wiener Steuerleistung ohnedies jährlich hunderte Millionen Schilling für Bundesstraßen aufgebracht werden. Das Angebot des Bundes bedeutet also überhaupt keine Hilfe, sondern eine neuerliche Belastung für Wien. Unsere Stadt soll zu den hohen Auslagen für eigene Straßenbauten, die bisher schon in viele hunderte Millionen Schilling gehen, noch zusätzlich die halben Kosten für die Autobahnanlagen tragen, die - wie ich höre - 350 Millionen Schilling erfordern sollen. Ich muß noch einmal betonen, daß man eine solche Forderung an kein anderes Bundesland gestellt hat. Dieses sogenannte Anbot, das da der Gemeinde Wien gemacht wurde, ist eine Fortsetzung des Unrechtes an Wien und bedeutet, daß die Wiener ihre Straßen zweimal zahlen müssen. Einmal aus den Mittel der Gemeindekasse, also mit Gemeindesteuern, und das andere Mal mit dem Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer.

Nun ist dieses sogenannte Anbot noch von einer anderen Seite zu untersuchen. Es wird vom Finanzminister als eine indirekte Hilfe für die Verkehrsbetriebe bezeichnet. Die Vertreter der Gemeinde hätten aber erwartet, daß der Finanzminister doch eher versuchen

sollte, die durchaus berechtigten Forderungen der Verkehrsbetriebe nach Rückvergütung der tatsächlich erbrachten Leistungen zu erfüllen. Das ist nicht geschehen, aber - so sagte er - er wolle einen indirekten Beitrag zur Sanierung der Verkehrsbetriebe leisten, indem er die Hälfte der Autobahnkosten in Wien bezahle. Damit hat der Herr Finanzminister offenbar den Gedanken verbunden, daß die Gemeinde Wien einen gleich hohen Betrag den Verkehrsbetrieben zur Deckung des Defizits überweist, oder, mit anderen Worten gesagt, daß dieser Bundesbeitrag nicht für die Autobahn, sondern zur Deckung des Straßenbahndefizits verwendet wird. Wer sollte dann aber die Bundeshälfte der Autobahnkosten bezahlen? Natürlich wieder die Gemeinde! Das Endergebnis dieser Transaktion würde also bedeuten, daß die Gemeinde die Autobahn nicht zur Hälfte, sondern zur Gänze zu bezahlen hätte.

Sie werden verstehen, daß man solche Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten genau untersuchen und auch ihre Dauerwirkungen bedenken muß. Um die Untersuchung vollständig zu machen, will ich also auch noch die dritte Seite des Problems besprechen. Das Defizit der Verkehrsbetriebe, das die Ursache zu den Besprechungen mit dem Finanzminister war, ist bekanntlich eine alljährlich wiederkehrende Erscheinung. Selbst wenn man den Vorschlag des Finanzministers als Hilfe bezeichnen würde, wäre es doch nur eine Hilfe auf begrenzte Zeit. Denn wenn der Bau der Autobahnanlage in Wien beendet und der 50prozentige Kostenbeitrag des Bundes bezahlt ist, dann ist die indirekte Hilfe des Bundes für die Verkehrsbetriebe abgeschlossen und der frühere Defizitzustand ist wieder hergestellt. Damit wäre aber den Verkehrsbetrieben nur vorübergehend geholfen. Die bisherigen Schwierigkeiten würden wieder von neuem auftauchen. Wenn man ein Defizit beseitigen will, das jedes Jahr auftritt, dann genügt es eben nicht, einen einmaligen Beitrag zu leisten. Ein solcher Beitrag müßte Jahr für Jahr geleistet werden, so lange das Defizit vorhanden ist.

Wenn ich nun versucht habe, Ihnen diese etwas komplizierte Angelegenheit darzustellen, so allein mit der Absicht, Sie möglichst objektiv zu informieren. Ich darf meine Pflichten als Bürgermeister nicht vernachlässigen und muß deshalb bei jedem Anlaß für die Interessen der Wiener Bevölkerung eintreten, wenn es sich herausstellt, daß es sich um notwendige und gerechte Ansprüche handelt.

Wenn ich also vom Bund verlange, er möge die in Wien notwendigen Anlagen der Autobahn als Bundesstraße zur Gänze auf Kosten des Bundes erbauen, es ist das nur recht und billig, weil die Autobahn in den anderen Bundesländern ebenfalls zur Gänze vom Bund bezahlt wird. Wenn ich mich gegen das Anbot des Finanzministers nach 50-prozentiger Kostentragung der Gemeinde Wien wende, so ist das nicht unbillig, weil von keinem anderen Bundesland etwas Gleiches verlangt wurde. Niemand kann ernsthaft verlangen, daß Wien, das heuer wieder ungefähr 820 Millionen Schilling, das sind fast 70 Prozent der Mineralölsteuer und des Bundeszuschlages zur Mineralölsteuer, aufbringt, noch zusätzlich Aufgaben übernehmen soll, die in den anderen Bundesländern vom Bund durchgeführt werden.

So wie bei früheren Anlässen möchte ich auch heute wieder ausdrücklich betonen, daß ich für Wien keine bevorzugte Behandlung verlange. Obwohl wir in Wien gewiß eine Reihe von Aufgaben durchzuführen haben, die in kleineren Gemeinden wenig oder gar nicht in Erscheinung treten, obwohl wir im Interesse des ganzen Landes große Aufgaben zu erfüllen haben, verlangen wir keine Vorrechte gegenüber den anderen Bundesländern. Was wir wollen ist, daß wir nicht schlechter behandelt werden. Der Grundsatz muß gelten, daß wir alle in unserem Staate gleiche Rechte, aber auch die gleichen Verpflichtungen haben. Das Anbot des Finanzministers an Wien würde eine zusätzliche und ungerechte Belastung bedeuten. Darüber kann auch die anscheinend sehr verlockende Aussicht auf 50prozentige Bundesbeteiligung beim Autobahnbau in Wien nicht hinwegtäuschen. Seit Jahren hat der Bund in Wien Milliardenbeträge durch die Mineralölsteuer und den Mineralölsteuerzuschlag eingehoben und davon in Wien praktisch nichts ausgegeben. Nun ist einmal ein Anlaß da, daß der Bund die Autobahn in Wien genau so zur Gänze bezahlt wie in den anderen Bundesländern, und damit einen Teil der Wiener Steuergelder endlich in Wien verwendet. Auch mit den schönsten Worten könnte man den Wienern nicht begreiflich machen, daß ausgerechnet für Wien ein anderes Maß gilt als für das übrige Österreich. Kein Mensch könnte verstehen, daß in ganz Österreich die Autobahn Bundesaufgabe, aber ausgerechnet in Wien Aufgabe der Gemeinde ist.

Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, Ihnen die Zusammenhänge dieser komplizierten Wirtschafts- und Finanzfrage aufzuzeigen. Ich kann Sie versichern, daß ich dabei keinen parteipolitischen Stand-

punkt eingenommen habe, denn ich weiß sehr genau, daß eine ungerechte Behandlung Wiens alle Bewohner gleichermaßen trifft, ohne Rücksicht darauf, welcher politischen Partei sie angehören. Ich habe eben ganz einfach bei meinen Überlegungen die Interessen aller Wiener in Betracht gezogen. Es könnte aber sein, daß der Versuch gemacht wird, diesem ganzen Fragenkomplex eine parteipolitische Note zu geben. Das wäre ebenso falsch wie unklug. Entscheidend ist, daß der Bund in allen Teilen Österreichs, also auch in Wien, die Verpflichtung hat, nach gleichem Maß für die Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse vorzusorgen. In der Frage der Autobahn wird der Wiener Bevölkerung dieses gleiche Maß vorenthalten. Das ist umso verwunderlicher, als es bei einem anderen Bundesinstitut, nämlich bei der Bundesbahn, im großen und ganzen eingehalten wird. Da ist noch nie behauptet worden, daß die Bundesbahn bis zur Wiener Stadtgrenze Bundesaufgabe ist und von Hütteldorf bis zum Westbahnhof sei es eine Angelegenheit der Gemeinde Wien. Es wäre ein Schauspiel für Götter, würde man die Autobahn von der Staatsgrenze bei Salzburg bis zur Wiener Gemeindegrenze führen und bei Weidlingau-Hadersdorf eine Tafel errichten, die verkündet: "Achtung, hier endet die österreichische Autobahn!"

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Die Leitung des Landstraßer Heimatmuseums lädt die Vertreter der Presse für Donnerstag, den 21. November, 11 Uhr vormittag, zu einer Vorbesichtigung der neuen Sonderschau "Alt- und Neu-Erdberg" in den Räumen des Landstraßer Heimatmuseums, 3, Sechskrügelgasse 11, ein.

- - -

Sebastian Wegmayr zum Gedenken
=====

18. November (RK) Auf den 20. November fällt der 100. Todestag Sebastian Wegmayrs, des letzten Klassikers der Wiener Blumen- und Stillebenmaler, der in der Biedermeierzeit eine dominierende Stellung einnahm.

Am 7. Februar 1776 in Wien geboren, studierte er an der Akademie der bildenden Künste, an deren Manufakturschule er 1807 das Amt eines Korrektors erhielt. Von 1812 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1851 übte er die Professur für Blumenmalerei aus. Wegmayr führte die eigentümliche Art der Wiener Stillebenmalerei von der naturgetreuen Wiedergabe der einzelnen Blumen und Früchte zu den wohlabgewogenen Kompositionen, die das Auge noch heute entzücken. Ölbilder und Aquarelle von ihm befinden sich in der Österreichischen Galerie, in den Städtischen Sammlungen, im Kupferstichkabinett der Akademie, in der Akademie, aber auch im Ausland. Der Künstler starb in seiner Vaterstadt Wien im 82. Lebensjahr.

- - -

Hietzinger Heimatmuseum wird wieder eröffnet
=====

18. November (RK) Das Hietzinger Heimatmuseum im Amtshaus 13, Hietzinger Kai 1, das wegen Umbauten seit 1. Mai gesperrt war, öffnet Sonntag, den 24. November, wieder seine Pforten. Es ist jeden Mittwoch, von 14 bis 16 Uhr, und jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, frei zugänglich.

- - -

Städtische Weihnachtsgabe an alle Wiener Dauerbefürsorgten
 =====

18. November (RK) Im Dezember erhalten alle in ständiger Gemeindefürsorge befindlichen Frauen und Männer ein Lebensmittelpaket. Es enthält je 1 kg Zucker, Mehl, Reis und Käse sowie ein Achtel Kilogramm Kakao und zweihundert Gramm Schokolade. Insgesamt werden 12.000 Personen beteiligt. Die Kosten dieser zusätzlichen Fürsorge stellen sich auf 330.000 Schilling.

An die 6.000 Besucher der Tagesheimstätten wird, wie alle Jahre, anlässlich der Weihnachtsfeiern, neben den Liebesgaben, als Spende des Bürgermeisters ein Weihnachtsstriezel abgegeben.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 18. November
 =====

18. November (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 8 Ochsen, 4 Stiere, 73 Kühe, Summe 85. Neuzufuhren: Inland 297 Ochsen, 166 Stiere, 982 Kühe, 152 Kalbinnen, Summe 1.597; Ungarn 4 Stiere, 16 Kühe, Summe 20; Jugoslawien 9 Stiere. Gesamtauftrieb: 305 Ochsen, 183 Stiere, 1.071 Kühe, 152 Kalbinnen, Summe 1.711. Verkauft: 276 Ochsen, 175 Stiere, 1.033 Kühe, 150 Kalbinnen, Summe 1.634. Unverkauft 29 Ochsen, 8 Stiere, 38 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 77.

Preise: Ochsen 9.50 bis 11.60, extrem 11.80 bis 12.20. Stiere 9.80 bis 12.20 S, extrem 12.30 bis 12.80 S. Kühe 7.20 bis 10.10, extrem 10.20 bis 10.50 S. Kalbinnen 9.70 bis 11.80 S, extrem 12 bis 12.20 S. Beinlvieh, Kühe 6 bis 8 S, Kalbinnen, Ochsen 8.30 bis 9.50 S. Der Durchschnittspreis für Inlandrinder ermäßigte sich bei Ochsen um 39 Groschen, Stiere um 20 Groschen, Kühe um 27 Groschen, Kalbinnen um 25 Groschen und beträgt Ochsen 10.14 S, Stiere 11.25 S, Kühe 8.03, Kalbinnen 10.46 S. Beinlvieh ermäßigte sich bis zu 50 Groschen. Ungarische Stiere notierten von 11.80 bis 12.50 S, ungarische Kühe von 7.80 bis 9.50 S, jugoslawische Stiere 11 bis 12.20 S, rumänische Kühe 8.40 bis 10.20 S.

- - -